



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



08.06.2016

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Debatte über „Migrationspakt“

Weitere wichtige Schritte bei der Bekämpfung der Flüchtlingskrise: Wir diskutieren über den neuen Kommissionsvorschlag für einen Migrationspakt. Dieser sieht eine stärkere Zusammenarbeit mit Drittstaaten, insbesondere in Afrika, vor. So soll durch höhere private und öffentliche Investitionen die Entwicklung in den betreffenden Ländern angekurbelt werden. Auch soll die Zahl der Rückführungen durch positive und negative Anreize erhöht werden. Beispielsweise könnte den Staaten, die sich weigern, Flüchtlinge zurückzunehmen, die Entwicklungshilfe gekürzt oder gestrichen werden. Des Weiteren diskutieren wir über eine Überarbeitung der „Blue-Card“-Regelung. Diese soll hochqualifizierten Migranten das Recht geben, in einem EU-Mitgliedstaat zu leben und zu arbeiten. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass das Abkommen mit der Türkei bislang erfolgreich verläuft. Seit Inkrafttreten ist

die Zahl der Flüchtlinge, die von der Türkei nach Griechenland reisen, stark zurückgegangen. Leider ist dafür die Zahl der Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Italien übersetzen, wieder gestiegen. Um dem entgegenzuwirken brauchen wir auch Abkommen mit afrikanischen Ländern. Nur so können wir die Flüchtlinge von der gefährlichen Reise abhalten und den kriminellen Schlepperbanden das Handwerk legen.

Zwischenbilanz zum „Juncker-Plan“

Guter Start für den EU-Investitionsplan: Die Kommission hat im Parlament die Halbzeitbilanz des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), auch „Juncker-Plan“ genannt, vorgestellt. Dieser soll öffentliche und private Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro anstoßen, um das Wachstum in der EU anzukurbeln. So werden Projekte unterstützt, die wirtschaftlich praktikabel sind, von privaten Investoren jedoch in diesen unsicheren Zeiten finanziell nicht unterstützt werden. Für diese Projekte wird

teilweise das Risiko übernommen, um private Investoren zu motivieren, sich daran zu beteiligen. Im ersten Jahr wurden bereits 64 Projekte mit einem Finanzierungsvolumen von 9,3 Milliarden Euro genehmigt. Dadurch konnten Investitionen von 100 Milliarden Euro mobilisiert werden. Aufgrund dieser positiven Zwischenbilanz begrüßen wir eine Verlängerung der Laufzeit.

Ausschuss zu „Panama-Papers“

Schluss mit der Heimlichkeit um Briefkastenfirmen! Am Mittwoch stimmen wir der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu den „Panama-Papers“-Enthüllungen zu. Der Ausschuss wird für die Prüfung von mutmaßlichen Verstößen gegen das Unionsrecht und Missständen bei dessen Anwendung im Zusammenhang mit Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung zuständig sein. Unsere Fraktion fordert außerdem ein Register der wirtschaftlich berechtigten Firmeninhaber. Dadurch sollen die tatsächlichen

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



08.06.2016

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Eigentümer, die sich hinter sogenannten Briefkastenfirmen verstecken, offengelegt werden – denn ehrliche Unternehmer haben keinen Grund, ihre Firmenbeteiligungen zu verheimlichen.

Ein deutliches Nein zum „Brexit“

In zwei Wochen entscheiden die Briten über ihre Zukunft in der EU. Wir unterstützen David Cameron in seinem pro-europäischen Kurs. Ein Austritt Großbritanniens wäre ein schwerer Schlag für die EU, aber vor allem für die Briten selbst. Der EU würde der nach Deutschland und Frankreich drittgrößte Nettozahler wegbrechen. Viel problematischer ist allerdings aus deutscher Sicht, dass mit den Briten einer der wichtigsten Fürsprecher einer wettbewerbsorientierten Wirtschaftspolitik wegfallen würde, und sich das Gewicht innerhalb der EU weiter in Richtung eines eher ausgabenfreudigen Konzepts von „mehr Staat“ verschieben würde. Bei den Briten würde der Handel empfindlich unter einem Wegfall des direkten Zugangs zum Bin-

nenmarkt leiden – immerhin 44 % der Exporte Großbritanniens gehen in die EU. Auch internationale Unternehmen, insbesondere im Finanzsektor, denken schon laut darüber nach, ihre Sitze zu verlagern. Die EU ist mit Großbritannien stärker und umgekehrt. Die negativen Folgen eines Austritts wären gravierend, denn eines ist bereits klar: Wenn die Briten nein sagen, wird es keine Verhandlungen über weitere Zugeständnisse geben, und auch keine Rosinenpickerei, was den künftigen Zugang zum Binnenmarkt angeht!

Bekämpfung unlauterer Handelspraktiken

Mehr Fairness für Landwirte: Die Kommission soll hierfür Gesetzesvorschläge vorlegen. Dazu haben wir sie jetzt in einer Entschließung aufgefordert. Ziel ist, faire und transparente Beziehungen zwischen Erzeugern, Lieferanten und Vertreibern von Lebensmitteln sicherzustellen. Die bisherigen Maßnahmen haben keine zufriedenstellenden Ergebnisse gezeigt. Fairness im Lebensmittelsek-

tor soll auch dazu beitragen, Überproduktion und Verschwendung von Lebensmitteln zu verringern.

Neues Mitglied für den Rechnungshof

Am Dienstag hat das Plenum die Nominierung des künftigen litauischen Mitglieds Rimantas Šadžius bestätigt. Er ist seit Dezember 2012 Finanzminister seines Heimatlandes.

Besuch aus der Heimat

Am Donnerstag waren die Schülerinnen und Schüler des Matthias-Grünwald-Gymnasiums aus Tauberbischofsheim und Mitglieder des Vereins „Hilfe von Haus zu Haus“ zu Gast in Straßburg.

Neuigkeiten aus meinem Büro

Für ein sechswöchiges Praktikum darf ich die Chinesin Lianxin Wang, Studentin an der Universität Rochester im Bundesstaat New York (USA) und derzeit im Rahmen eines Austauschprogramms ihrer Universität in Europa unterwegs, in meinem Büro willkommen heißen.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle